

Die Provinz Volgograd in den neunziger Jahren: Veränderungen und Erwartungen

Levinson, Samuel V.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Levinson, S. V. (1999). *Die Provinz Volgograd in den neunziger Jahren: Veränderungen und Erwartungen*. (Berichte / BIOst, 14-1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43994>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Einführung.....	5
1. Allgemeiner Zustand der regionalen Wirtschaft	6
1.1. Industrie	6
1.2. Konversion der Militärindustrie	9
1.3. Bankensystem	12
1.4. Landwirtschaft	18
2. Regionale Wirtschaftspolitik	21
2.1. Erarbeitung einer Konzeption zur wirtschaftlichen Entwicklung	21
2.2. Wirtschaftliche Entwicklungszonen	22
2.3. Fiskalpolitik	24
2.4. Anwerbung ausländischer Investitionen.....	25
3. Die regionale Elite	29
Summary	33

19. März 1999

Dieser Bericht ist im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Projekts "Wirtschaftseliten in Rußland" entstanden.

Der Autor ist Dozent am Lehrstuhl für Finanzen und Investitionen an der staatlichen Verwaltungsakademie in Volgograd.

Redaktion: Stefanie Harter

Übersetzung: Bernd Bentlin

Samuel V. Levinson

Die Provinz Volgograd in den neunziger Jahren

Veränderungen und Erwartungen

Bericht des BIOst Nr. 14/1999

Kurzfassung

Vorbemerkung

Mit der Erkenntnis, daß sich westliche Politik nicht ausschließlich auf Gesprächspartner in Moskau verlassen kann, wird das Bedürfnis nach kompetenten und informierten Studien über das politische und wirtschaftliche Potential der russischen Regionen deutlich. Handreichungen für mögliche westliche Wirtschaftspartner, die sich weniger mit temporären Ereignissen, sondern vielmehr mit strukturellen Gegebenheiten beschäftigen, sind jedoch noch immer rar. Der Bericht über die Region Volgograd trägt dazu bei, diese Lücke zu füllen. Diese Provinz hat sich mit Einführung der Wirtschaftsreformen trotz positiver Ausgangsvoraussetzungen nicht zu einer gedeihenden Region entwickelt, die die wirtschaftliche und politische Stabilität im südöstlichen Teil des europäischen Rußland beeinflussen könnte. Die Gründe hierfür sind zum einen gesamtrussischer Natur, zum anderen jedoch können sie auch in der Provinz selbst gefunden werden. Ein strategisches Konzept, wie die Wirtschaft der Region durch politische Maßnahmen wiederbelebt werden könnte, existiert nicht, Reformen werden aufgeschoben und bestehende Entwicklungsmöglichkeiten nicht genutzt.

Ergebnisse

1. Seit Anfang der neunziger Jahre ist die Modernisierung der Industrieanlagen, besonders in den Unternehmen der Metallurgie und des Maschinenbaus, praktisch zum Erliegen gekommen. Die Aufzehrung des Grundkapitals liegt in den meisten Unternehmen bei über 70 Prozent. Die durchschnittliche Nutzungsdauer der Produktionsanlagen beträgt 31 Jahre. Eine Ausnahme bilden einige wenige, vorwiegend konsumgüterproduzierende, Unternehmen.
2. Die regionale Industrie hat in den Jahren der Reform keinerlei wesentliche strukturelle Veränderungen erfahren. Der Anteil der Konsumgüter an der gesamten industriellen Produktion erreichte 1997 lediglich 15,6 Prozent, wovon auf die Nahrungsmittel- und Alkoholproduktion 71,0 Prozent entfielen. Im Bereich der Rüstungsindustrie sank die Produktion in der Zeit von 1991 bis 1998 um das Sechsfache. Die Militärproduktion allein macht nunmehr lediglich noch etwa sechs Prozent des Produktionsvolumens von vor 1991 aus. Die regionale Produktionsstruktur ist insofern ungünstig, als Waren- und

Geldströme nicht ausgeglichen werden können, weil ein überproportional hoher Anteil des von den Verbrauchern auf dem Konsumgüter- und Dienstleistungsmarkt gezahlten Geldes aus der Region abfließt. Verschärft wird die Situation noch dadurch, daß auf dem Investitionsgütermarkt die monetäre Abdeckung unzureichend ist und die gegenseitige Verschuldung für gelieferte Güter zwischen den Unternehmen beständig zunimmt: Ende 1997 erreichte sie 76,5 Prozent des Bruttoregionalprodukts.

3. Ungeachtet gewisser Fortschritte ist die Position des Kleingewerbes in der Provinz noch immer sehr schwach. Der Anteil der Kleinunternehmen am industriellen Produktionsausstoß des Gebiets übersteigt keine fünf Prozent. Infolge von Schwierigkeiten beim Zugang zu Krediten, bei der Registrierung von Unternehmen, bei der Lizenzierung von Tätigkeiten und wegen vieler anderer Hindernisse, nimmt die Zahl der Kleingewerbetreibenden nicht mehr zu. Von einer regionalen Förderung von Klein- und Mittelunternehmen kann kaum die Rede sein.
4. Bis zu der Krise im Spätsommer 1998 war der Bankensektor der Region stabil. Die am 17. August 1998 ausgesprochene faktische Weigerung des Staates, und danach auch der regionalen Behörden, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, hatte jedoch nicht nur einen katastrophalen Einbruch des Wertpapiermarktes, sondern auch eine ruinöse Aushöhlung des Bankensystems in Volgograd zur Folge.
5. Mit dem Übergang zu Marktverhältnissen verloren die Produkte der meisten Kolchosen und Sovchosen ihre Konkurrenzfähigkeit. Vor allem bei der Viehzucht und beim Obst- und Gemüsebau verschlechterte sich die finanzielle Lage der Betriebe. Das biologische und technische Potential der Landwirtschaft des Gebiets Volgograd wurde fortschreitend zerstört. Nach Expertenschätzungen waren Ende 1998 im Vergleich zu 1990 an die 60 Prozent der technischen Ausrüstung, etwa 40 Prozent der Bauten für landwirtschaftliche Nutzung und an die 50 Prozent des Nutzviehs verlorengegangen; ein Drittel der Ackerflächen blieb unbebaut.
6. In Volgograd ist im Juni 1997 zur Verbesserung des Investitionsklimas die Schaffung wirtschaftlicher Entwicklungszonen (WEZ) gesetzlich festgeschrieben worden. Innerhalb einiger Großunternehmen können einzelne Bereiche als WEZ deklariert werden. Die regionale Gesetzgebung sieht Steuerbefreiungen und -vergünstigungen für die in den wirtschaftlichen Entwicklungszonen tätigen Unternehmen vor. Die Formulierung des Gesetzes und auch seine Durchführung sind jedoch nicht geeignet, eine einheitliche, transparente und langfristig stabile Investitionsumgebung zu schaffen.
7. Während das Interesse ausländischer Investoren zu Beginn der neunziger Jahre rege war, so ist nunmehr ein nachlassendes Engagement zu verzeichnen. Ausländische Investitionen tragen zu etwa zwei Prozent des Bruttoregionalproduktes bei. Die Hauptursachen für die Zurückhaltung der ausländischen Investoren beim Anlegen von Kapital in der Wirtschaft des Gebietes sind politische Instabilität sowie das Fehlen von Förderationsgesetzen, die die Sicherheit und Effektivität von Investitionen auf dem Territorium Rußlands gewährleisten.

Einführung

Die wirtschaftliche Situation des Gebiets Volgograd ist durch eine tiefgreifende Krise in der Industrie, in der Landwirtschaft und im Banken- und Kreditwesen gekennzeichnet. Dafür können zum einen die zu Beginn der neunziger Jahre durchgeführten liberalen Reformen verantwortlich gemacht werden, deren Grundlage die Abschaffung der zentralen Planung und die Privatisierung bildeten. Sie haben sowohl die Strukturen der Befehlswirtschaft, ihre brancheninternen und branchenübergreifenden Verbindungen, als auch das Preisbildungssystem für ihre Produkte und die entsprechenden Finanzierungsmechanismen zerstört. Dabei war es weniger das Reformvorhaben selbst, als vielmehr das Fehlen einer ausreichenden Rechtsgrundlage für seine Durchführung und die Mißachtung der Spezifik der organisatorischen und technologischen Struktur der Wirtschaftssysteme, die hauptsächlich zu ihrem Scheitern beigetragen haben. Die Situation wurde durch Auseinandersetzungen um die Eigentumsverteilung und um die Eroberung von Anteilsmehrheiten an den privatisierten Unternehmen noch verschärft. Im Zuge der Privatisierung war es oftmals einer kleinen Gruppe von Managern, zumeist unter der Leitung des Direktors, möglich, sich Kontrolle über die Unternehmen zu verschaffen. Ein anderer Teil der Eigentumsrechte geriet unter die Kontrolle von vorwiegend in Moskau ansässigen Finanz-Industriegruppen. Der Kampf um die Umverteilung des Eigentums ist noch nicht beendet, und seine Folge ist ein Investitionsstau und Instabilität in der Wirtschaft.

Ein weiteres schwerwiegendes Hemmnis für die Entwicklung der Wirtschaft des Gebiets Volgograd ist das Fehlen einer wirtschaftspolitischen Konzeption. Dabei könnte das Gebiet im Hinblick auf einige objektive Faktoren – wie Ressourcenausstattung, Transportverbindungen, geographische Lage, Möglichkeiten des innerregionalen Marktes – durchaus zu einer gedeihenden Region werden, die die wirtschaftliche und politische Stabilität im südöstlichen Teil des europäischen Rußland, einschließlich des Gebiets Astrachan, der Republik Dagestan und Kalmykiens, bestimmt.

Die Hauptaufgabe für die Region in der nächsten Zeit ist jedoch die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas und die Verbesserung der Bedingungen für Geschäftstätigkeit. Die Lösung dieser Aufgabe hängt indes davon ab, ob sich die regionalen und kommunalen Behörden zu konzertierten Aktionen in dieser Richtung bereitfinden. Hier bestehen Schwierigkeiten, die erstens mit dem kritischen Zustand der Wirtschaft selbst und zweitens mit dem Kampf innerhalb der Staatsmacht zwischen Anhängern und Gegnern marktwirtschaftlicher Reformen zusammenhängen. Diese Umstände machen es erforderlich, die Situation zu analysieren und Möglichkeiten einer positiven Einwirkung auf ihre Veränderung zu definieren.

1. Allgemeiner Zustand der regionalen Wirtschaft

1.1. Industrie

Seit Anfang der neunziger Jahre ist die Erneuerung der industriellen technologischen Ausrüstungen, besonders in den Unternehmen der Metallurgie und des Maschinenbaus, praktisch zum Erliegen gekommen. Die Aufzehrung des Grundkapitals liegt in den meisten Unternehmen bei über 70 Prozent. Die Ursachen dieses Problems gehen bis in die Zeiten der zentralisierten Sowjetwirtschaft zurück, als die Mittel des für die Wiederherstellung des Grundkapitals bestimmten Abschreibungsfonds vom Staat für den Bau neuer Kapazitäten verwendet wurden. So wurde etwa in der gesamten Nachkriegsperiode (seit 1945) das Volgograd-Traktorenwerk niemals von Grund auf erneuert. Beim letzten Umbau in den siebziger und achtziger Jahren wurde weniger als ein Viertel der erforderlichen Mittel eingesetzt. In der gleichen Zeit wurde jedoch 180 km entfernt von Volgograd, in der Stadt Kamyšin, ein großes Werk für Schmiede- und Gußproduktion errichtet. Dessen Bau dauerte aber wegen Arbeitskräftemangels und wegen nicht ausreichender Kapazitäten der in der Stadt ansässigen Bauorganisationen mehr als 20 Jahre. Es wurde niemals fertiggestellt, ist heute stillgelegt und für bankrott erklärt worden. Ein erheblicher Teil der Ausrüstungen ist unbrauchbar geworden. Diese Politik hat dazu geführt, daß das Traktorenwerk heute die Mindestanforderungen an eine moderne Produktion nicht erfüllt und daß die Mittel, die für seine Modernisierung hätten aufgewendet werden können, vergeudet wurden. Dabei gehörten beide Werke, sowohl das Traktorenwerk als auch das Werk für Schmiede- und Gußproduktion, ehemals zum selben Ministerium und wurden damit aus einer Quelle finanziert. Eine bessere Koordination der Investitionen hätte somit durchaus erwartet werden können.

Eine Fehlallokation von Ressourcen konnte im gesamten Industriesektor der Region beobachtet werden. Die Mittel, die bis 1990 in die Industrie des Gebiets Volgograd investiert wurden, wurden in der Regel nicht zur Erneuerung der bestehenden, sondern zum Bau neuer Produktionsstätten verwendet. So wurden im Zeitraum 1985-1989 insgesamt lediglich 36 Prozent der Gesamtinvestitionen im Industrieproduktionsbereich für die Erneuerung bestehender Ausrüstungen aufgewendet.¹ Als Folge betrug der Anteil veralteter, über die vorgesehene Nutzungsdauer hinaus betriebener Ausrüstungen Anfang 1990 39 Prozent.² Das Tempo der Erneuerung der sich in Betrieb befindlichen industriellen Ausrüstungen, das sich nach einer Kennziffer des Anlagenabgangs vom Grundkapital bemißt, betrug im Zeitraum 1985-1989 3,2 Prozent. Bei veralteten Ausrüstungen erreichte diese Ziffer eine Höhe von sogar nur 2,0 Prozent.³ Dies ergibt eine durchschnittliche Nutzungsdauer von 31 Jahren für die Ausrüstungen insgesamt und von 50 Jahren für veraltete Ausrüstungen. Nach 1989 kam die Neuerrichtung und Modernisierung von Industrieanlagen wegen des starken Rückgangs der Produktion und wegen der Einstellung der staatlichen Finanzierung fast völlig zum Stillstand. Eine Ausnahme bildeten nur einige wenige vorwiegend konsumgüterproduzierende

¹ Narodnoe chozjajstvo Volgogradskoj oblasti v 1989 godu. Statističeskij ežegodnik. Volgograd, 1990, S. 400.

² Ebd., S. 247.

³ Ebd., S. 244.

Unternehmen. Dazu gehören z.B. die AG "Carica" (Bekleidung), die AG "Konfil" (Konditoreiwaren), die AG "Povol'ze" (Brauerei), die AG "Volgogradskij" (Molkereiprodukte) und die AG "Voltyre" (Autoreifen).

Indessen hat die Industrie des Gebiets in den Jahren der Reform keinerlei wesentliche strukturelle Veränderungen erfahren. Betrug 1989 der Anteil der Konsumgüter an der gesamten industriellen Produktion 19,8 Prozent,⁴ so erreichte er 1997 15,6 Prozent.⁵ Dies entsprach einem Produktionsvolumen von 3,303 Mrd. Rubel.⁶ Pro Kopf produzierte die örtliche Industrie im Jahr Konsumgüter in Höhe von 1.270 Rubel bzw. 208 US-Dollar zum damaligen Umrechnungskurs. In der Konsumgüterherstellung machen Nahrungsmittel- und Alkoholproduktion den überwiegenden Teil aus. 1989 entfielen auf sie 81,1 Prozent⁷ und 1997 71,0 Prozent.⁸ Somit machten in der gesamten Industrieproduktion von 1997 die Non-Food-Konsumgüter (Kleidung, Schuhe, Möbel u.ä.) lediglich 4,5 Prozent aus. Die Nachfrage der Bevölkerung nach Non-Food-Gütern verlagert sich damit auf Gebiete außerhalb der Region, die ein entsprechendes Angebot bereitstellen.

Bei einer solchen Produktionsstruktur kann die Region die Waren- und Geldströme nicht ausgleichen, da ein überproportional hoher Anteil des von den Verbrauchern auf dem Konsumgüter- und Dienstleistungsmarkt gezahlten Geldes aus der Region abfließt. Verschärft wird die Situation noch dadurch, daß in den letzten Jahren die gegenläufigen Geld- und Warenströme nur auf dem Konsumgütermarkt hinreichend ausgeglichen waren und in vollem Umfang von Bargeld abgedeckt werden konnten. Auf dem Produktionsgütermarkt indes ist die monetäre Abdeckung unzureichend, und es wächst die gegenseitige Verschuldung für gelieferte Güter: Ende 1997 erreichte sie 24,947 Mrd. Rubel, das sind 76,5 Prozent des Bruttoregionalprodukts (BRP), wobei die Schuldenrückstände 59,6 Prozent der Gesamtschuldensumme betrug.⁹ Die Statistik und die faktische Situation – gegenseitig nicht geleistete Zahlungen, das gewaltige Ausmaß von Lagerbeständen, sowie weitere negative Erscheinungen – zeugen davon, daß die Industrie der Region weiterhin für sich selbst und nicht für den Markt arbeitet.

Die Unfähigkeit der Volgograder Industrie, auf dem Markt zu bestehen, zeigt sich auch an einem katastrophalen Produktionsrückgang, der weitgehend auf mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Waren und auf das Ausbleiben struktureller Veränderungen zurückzuführen ist. So ist gegenüber 1990 die Produktion von Stahl um 89 Prozent, von Stahlblech um 95 Prozent, von Stahlrohren um 80 Prozent, von Traktoren um 95 Prozent, von Kugellagern um 80 Prozent, von Stoffen um 93 Prozent, von Chemiefasern um 83 Prozent usw. gesunken. Nur bei der

⁴ Ebd., S. 199.

⁵ Volgogradskaja oblast' v cifrach v 1997 godu. Volgogradskij oblastnoj komitet po statistike. Volgograd, 1998, S. 135.

⁶ Die Industrieproduktion insgesamt machte im Jahre 1997 21,212 Mrd. Rubel aus. Ebd.

⁷ Narodnoe chozjajstvo... (Fn. 1), S. 200.

⁸ Volgogradskaja... (Fn. 5), S. 135.

⁹ Ebd., S. 80, 108.

Produktion von Erdöl, Gas, Elektroenergie, Aluminium, Autokraftstoff und einigen weiteren Gütern ist die Situation noch relativ günstig.¹⁰ Allerdings macht der Anteil der prosperierenden Branchen am Bruttoregionalprodukt nur etwa ein Fünftel des Gesamtvolumens aus und ist somit nicht in der Lage, auf eine Änderung der Situation in ausreichendem Maße einzuwirken.

Die Orientierung der regionalen Wirtschaft auf Investitionsgüter-produzierende Sektoren macht deutlich, daß eine strukturelle Umgestaltung zugunsten solcher Industriezweige und Unternehmen, die unmittelbar für den Verbrauchermarkt arbeiten, stattfinden muß. Eine bedeutende Rolle könnten dabei Kleinunternehmen spielen, die neben der Produktion von Waren und Dienstleistungen auch Arbeitsplätze für die aus der Großindustrie entlassenen Arbeitskräfte bieten. Im Gebiet gibt es ungefähr 13.000 private Kleinunternehmen mit einer Gesamtzahl von 130.000 Beschäftigten. Dazu sind mindestens 85.000 Personen unternehmerisch tätig, deren Aktivitäten nicht rechtskräftig registriert wurden. Insgesamt macht dieser Personenkreis 20 Prozent der in der Wirtschaft des Gebiets Beschäftigten aus.¹¹ 51 Prozent aller Kleinunternehmen sind im Bereich des Handels tätig. Was die Zahl der Beschäftigten betrifft, so verteilen sie sich auf die Branchen im Kleingewerbe folgendermaßen:

- Handel: 55 Prozent;
- Bauwesen: 27 Prozent;
- Industrie: 19 Prozent.¹²

Ungeachtet gewisser Fortschritte ist die Position des Kleingewerbes in der Provinz jedoch noch immer sehr schwach. Der Anteil der Kleinunternehmen am industriellen Produktionsausstoß des Gebiets übersteigt keine fünf Prozent.¹³ Zudem ruht bei mehr als einem Drittel der Kleinunternehmen die Tätigkeit. Infolge von Schwierigkeiten beim Zugang zu Krediten, bei der Registrierung von Unternehmen, bei der Lizenzierung von Tätigkeiten und wegen vieler anderer Hindernisse, nimmt die Zahl der Kleingewerbetreibenden nicht mehr zu. Von einer regionalen Förderung von Klein- und Mittelunternehmen kann ebenfalls kaum die Rede sein. Die von den Gebiets- und Kommunalbehörden getroffenen Maßnahmen zur Unterstützung des Kleinunternehmertums waren bislang weithin nur formeller Art gewesen und haben sich konkret nur auf die Organisation bürokratischer Strukturen in Form von Abteilungen, Komitees, Fonds, Agenturen, Zentren und Gesellschaften beschränkt, die die zur Unterstützung des Kleinunternehmertums vorgesehenen bescheidenen Haushaltsmittel ohne nennenswerte Ergebnisse verschlungen haben.

¹⁰ Ebd., S. 143.

¹¹ Aktual'nye problemy razvitiya malogo biznesa. Materialy 1-j naučno-praktičeskoj konferencii. Volgograd, 1998, S. 98.

¹² Ebd., S. 98-99.

¹³ Ebd., S. 99.

1.2 Konversion der Militärindustrie

Unter den industriellen Zentren Rußlands ist das Gebiet Volgograd immer eines mit vorwiegend ziviler Struktur gewesen. Der Anteil an spezieller militärischer Produktion betrug vermutlich nicht mehr als 25 Prozent der gesamten Industrieproduktion. Die größten spezialisierten Unternehmen der Verteidigungsindustrie waren die Aktiengesellschaften "Aurora", "Achtuba", die "Volgograder Fabrik für elektronischen Maschinenbau" (Volgogradskij zavod elektronnoĝo mašinostroenija – VZEM), das "Volgograder Traktorenwerk" (Volgogradskij traktornyj zavod – VGTZ), "Elektronische Rechentechnik" (Elektronno-vyčislitel'naja tehnika – EVT), "Meteor". "Volgograder Schiffswerft" (Volgogradskij sudostroitel'nyj zavod – VSZ) sowie die staatliche Produktionsvereinigung "Barrikady".

Von 1991 bis 1998 ging die industrielle Produktion, also sowohl zivile als auch militärische, in diesen Unternehmen insgesamt um das Sechsfache zurück; die Militärproduktion erreicht nunmehr lediglich noch etwa sechs Prozent des Produktionsvolumens desjenigen vor Beginn der Konversion. Die AG "Aurora" hat die Produktion militärischer Güter völlig eingestellt, und im Volgograder Traktorenwerk stehen die Betriebsabteilungen für militärische Produktion faktisch still. Das Hauptergebnis des Bestrebens, die militärischen Produktionsstätten zu konvertieren, ist das völlige Scheitern der Programme zum Übergang auf zivile Produktion. In diesen Ende der achtziger Jahre ausgearbeiteten staatlichen Programmen war vorgesehen, die vormals militärisch orientierte Produktion auf Waschmaschinen, Staubsauger, elektrische Massagegeräte, Föhne, Gartenspritzen, Luftreiniger, Raumheizer u.ä. umzustellen. Ihren Höhepunkt erreichte die Aufnahme dieser Erzeugnisse in das Sortiment 1991-1992, danach setzte ein Rückgang der zivilen Produktion ein. Damit einher ging zum einen die allgemeine Wirtschaftskrise und zum anderen ein massenhafter Zustrom vergleichbarer Waren westlicher Produktion auf den russischen Markt.

Gegenwärtig ist die Herstellung der meisten Erzeugnisse aus der Konversionsproduktion eingestellt. Zu den Unternehmen, die zufriedenstellende Produktionsindikatoren von Zivilgütern aufweisen, können die Fabrik "Meteor" und die AG "Volgograder Schiffswerft" gezählt werden, wobei freilich die Stabilität der Schiffswerft darauf zurückzuführen ist, daß die wirtschaftlichen Programme dieses Unternehmens durch Lobbyarbeit seitens seines ehemaligen Generaldirektors Nikolaj Maksjuta gefördert werden, der heute Chef der Volgograder Gebietsverwaltung ist.

Analysiert man die Arbeit der Rüstungsbetriebe, so lassen sich folgende gemeinsame Probleme feststellen: 1. Das Verteidigungsministerium zahlt nicht für Aufträge an die Verteidigungsindustrie; 2. die meisten der zivilen Erzeugnisse genügen nicht den Anforderungen des Marktes und es besteht keine Nachfrage nach ihnen. Selbst im Bereich der High-Tech Investitionsgüterproduktion treten Absatzprobleme auf. So nahm z.B. die Produktionsvereinigung "Barrikady" die Produktion von Anlagen zur Wiederherstellung alter Ölbohrlöcher auf, die es ermöglichten, deren Produktivität bis auf das Zehnfache zu erhöhen. Ebenso nahm sie die Produktion von Ausrüstungssystemen für den Bergbau auf, die ausgereifter und sicherer als die heutigen sind. Jedoch lastet wegen der gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten in der Öl- und Kohleförderung die Nachfrage nach

Ölförderungs-ausrüstungen nur ein Fünftel bis ein Sechstel der Produktionskapazitäten des Unternehmens aus, bei Bergbau-ausrüstungen ist sie sogar auf Null gesunken.

Der Rückgang der militärischen Aufträge und der mangelnde Absatz der zivilen Produkte haben dazu geführt, daß in den Unternehmen ein starker Personalabbau stattfindet. So waren in der Produktionsvereinigung "Barrikady" bis 1991 27.000 Personen beschäftigt, 1998 waren es noch 7.000, und 1999 wird die Zahl der Beschäftigten auf 5.000 sinken. Dessen ungeachtet ist man vor allem bemüht, die Spezialisten der speziellen Produktionsstätten zu halten, deren Ausbildung einen erheblichen Aufwand an Zeit und Mitteln erfordert. Das Unternehmen kann neben den traditionellen militärischen Aufträgen auch Hebe- und Transportausrüstungen, Bohrgeräte und sonstige komplizierte technologische Ausrüstungen konstruieren und produzieren. Seine Haupteinnahmequelle bildet gegenwärtig der Export, hauptsächlich nach China, dessen Volumen jedoch gering ist. Staatsaufträge bleiben chronisch unbezahlt, die auf ihnen beruhenden Außenstände betragen 18 Mio. Rubel. Noch kann das Unternehmen ein recht hohes Potential, zumindest was die technischen Möglichkeiten und das Personal betrifft, aufweisen. Von amerikanischer Seite wurde es beispielsweise für möglich erachtet, die Einrichtung eines durch staatliche Garantien abgesicherten gemeinsamen Unternehmens zur Produktion von Motoren für "Caterpillar"-Traktoren im Werk "Barrikady" vorzuschlagen. Das Finanzministerium Rußlands hat jedoch die Gewährung solcher Garantien abgelehnt.¹⁴

Insgesamt hat die Konversion der Militärindustrie im Gebiet Volgograd hauptsächlich nur einen Rückgang der eigentlich militärischen Produktion bedeutet, ein adäquater Ersatz der militärischen durch zivile Produkte hat jedoch nicht stattgefunden. Von 1990 bis 1998 ist die Beschäftigung in der Rüstungsproduktion auf unter 25 Prozent gesunken. Die effektive Beschäftigung des verbliebenen Personals in den Konversionsbetrieben wird auf durchschnittlich 14-16 Prozent der Sollarbeitszeit geschätzt. Der Rest entfällt auf Zwangspausen und Zwangsurlaub. Der Lohn beträgt im Branchendurchschnitt ca. 700 Rubel im Monat, das entspricht 32 US-Dollar nach dem Kurs von Ende 1998. Ein Arbeiter der Militärindustrie erhält im Durchschnitt nur 70 Prozent des Lohns, der in Volgograd im Industriesektor generell bezahlt wird. Dabei sind die verschiedenen Betriebe mit ihren Lohnzahlungen 6 Monate bis 2 Jahre im Rückstand. Aus diesem Grunde verläßt der aktivste Teil der Beschäftigten, der in der Lage ist, in anderen Bereichen Verwendung zu finden, die Militärbetriebe. Praktisch heißt das, daß kein Zustrom junger Arbeiter und Ingenieure stattfindet und daß das Personal rasch altert.

Auch hier ist ein weiteres Problem dieser Unternehmen das Veralten des Kapitalstocks. Selbst in den modernsten Betrieben liegt das durchschnittliche Alter der Ausrüstungen bei über 20 Jahren. Gemessen an den Altersparametern und an der Zweckbestimmung ist die technologische Ausrüstung in den meisten Unternehmen daher nicht für die Erzeugung ziviler Produkte geeignet. Die Finanzierung der Investitionen im Rahmen einer Konversion, die von föderalen Programmen zunächst beabsichtigt war, wurde wiederum zu weniger als einem Drittel des geplanten Umfangs verwirklicht und ist seit 1996 faktisch eingestellt. Eigene Mittel zur

¹⁴ Delovoe Povolž'e, Nr. 39/1998, S. 2.

Entwicklung und Umgestaltung haben diese Unternehmen nicht. Die Unternehmen, die elektronische Rüstungsprodukte herstellen, haben infolge ausbleibender Investitionen in die Erneuerung des Kapitals und wegen der Abwanderung qualifizierten Personals 80 bis 100 Prozent ihrer früheren Produktionsmöglichkeiten verloren. In geringerem Maße gilt das für die Unternehmen des Maschinenbaus (Volgograder Traktorenwerk, "Barrikady"), jedoch werden diese, wenn sich die Situation nicht ändert, in 5-7 Jahren das gleiche Schicksal erleiden.

Gewisse Hoffnungen auf eine Wiederaufnahme der militärischen Produktion wurden bei den Produzenten durch die Einrichtung einer Vertretung der Gesellschaft "Rosvooruzhenie" in Volgograd geweckt. Grund dafür waren die Exportmöglichkeiten der Organisation, besonders für Produkte der Unternehmen Volgograder Traktorenwerk, "Achtuba" und "Barrikady". Potentielle Käufer der Volgograder Produkte könnten China, die Länder des Nahen Ostens und einige weitere Staaten sein. Es wird damit gerechnet, daß, wenn die militärischen Produkte auf den ausländischen Märkten erfolgreich sind, weitere 10-15 Unternehmen des Gebiets, die Material und Zubehör liefern, Aufträge erhalten können. Allerdings ist mit einer ansatzweisen Wiederherstellung des Volumens von Militärprodukten für den Export und für Staatsaufträge das Problem der optimalen Auslastung der Kapazitäten ebenso wenig gelöst wie das Problem der Beschäftigung und der Konversionsumrüstung der Unternehmen.¹⁵

Heute ist zu berücksichtigen, daß die Militärindustrie zwar gewaltige technische und personelle Verluste erlitten hat, ihre Basis aber noch erhalten geblieben ist. Die Leiter der Verteidigungsunternehmen verstehen sehr wohl, daß ein weiterer Rückgang nicht zugelassen werden darf und daß sie die Wahl haben zwischen erstens einem völligen Zusammenbruch des Betriebes; zweitens einer Konversion mit der Notwendigkeit, umfassend zu investieren; drittens der Wiederaufnahme der Militärproduktion; und viertens einer Konversion bei gleichzeitiger Wiederaufnahme der Militärproduktion. Da die Konversion außerordentlich kostenaufwendig ist und große Investitionen erfordert, die in Rußland heute nicht finanziert werden können, wird der Weg zum Überleben der Unternehmen des militär-industriellen Komplexes nicht in der Konversion, sondern in der Wiederaufnahme der Militärproduktion gesehen. Eine weitere Konversion ist wiederum nicht ohne tiefgreifende strukturelle Veränderungen im militärisch-industriellen Komplex möglich. Um die Kosten für die Konversion zu minimieren, ist in jedem Einzelfall die Spezifik der jeweiligen Produktionsstätte zu berücksichtigen, ebenso die Möglichkeiten der angewandten Techniken und Technologien im Hinblick auf *dual use*-Möglichkeiten, die Qualifikation der Arbeitskräfte oder der Charakter der Arbeitsabläufe. So könnte beispielsweise eine Fabrik, in der mobile Startrampen für Interkontinentalraketen hergestellt werden, ohne große Umbaukosten für die Produktion von schwerer Hebe- und Transporttechnik, mobilen Feuerleitern, Vortriebsvorrichtungen für Tunnel u.a. hergerichtet werden.

Leider sind bei der Konversion die technologischen Probleme der Militärunternehmen zumeist nicht berücksichtigt worden, so daß die erwarteten Ergebnisse nicht eintrafen. In

¹⁵ Delovoe Povolž'e, Nr. 41/1998, S. 5.

einigen Fällen wurde in den Betrieben keine Konversion vorgenommen, sondern es wurden parallele Produktionsstätten eingerichtet, die von untergeordneter Bedeutung waren und technologisch nichts mit der eigentlichen Produktion zu tun hatten. Als Beispiel sei die Errichtung einer Linie zur Herstellung von Waschmaschinen im Werk "Barrikady" genannt.

In den nächsten Jahren wird Rußland nicht genügend Ressourcen besitzen, um eine erfolgreiche Konversion durchzuführen, und das schafft günstige Voraussetzungen für private, u.a. auch westliche Investitionsprojekte. Westliche Investoren dürften kaum daran zweifeln, daß die intellektuellen Eliten des militär-industriellen Komplexes in ausreichendem Maße bereit sind, als gleichberechtigte, nicht aber als Juniorpartner, auf den Westen zuzugehen. Der Umstand, daß die Technokraten aus dem militärisch-industriellen Komplex lange Zeit unter der Kontrolle der Geheimdienste tätig gewesen sind, in den letzten Jahren aber ein elendes Dasein führten, das es ihnen nicht ermöglichte, ihr intellektuelles Potential zu entfalten, fördert die Bereitschaft zur Annäherung. Die ausländischen Investoren sollten im Hinblick auf die besondere Bedeutung einer Annäherung der intellektuellen Eliten der russischen Militärindustrie und derer der westlichen Konzerne, die auf den russischen Markt drängen, nicht diese Chance versäumen, im russischen militärisch-industriellen Komplex Fuß zu fassen.

Wenn man im militärisch-industriellen Komplex einen der Haupteinflußfaktoren für die Zukunft Rußlands sieht, dann muß man sich dafür einsetzen, daß die führenden westlichen Konzerne an einer Kooperation im Bereich der Konversion interessiert sind und sich auch mit Investitionen engagieren. Besondere Beachtung im Gebiet Volgograd verdienen diejenigen Verteidigungsunternehmen, die ein hohes intellektuelles und technisches Niveau bewahrt haben und nicht nur über die Produktionsbasis, sondern auch über ein starkes Forschungs- und Entwicklungspotential verfügen. Dazu zählen vor allem die Unternehmen Volgograder Traktorenwerk und "Barrikady". Da sie zum Bereich Maschinenbau gehören, könnten sie, wenn nötig, Kooperationspartner bei der Ausführung gemeinsamer Aufträge sein. Von Interesse können auch andere Unternehmen sein, die keine Basis für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten haben, aber zur Zusammenarbeit bereit sind.

1.3 Bankensystem

Nachdem in den letzten drei Jahren vor der Krise das regionale Bankensystem in Volgograd relativ stabil war, ist sein gegenwärtiger Zustand als kritisch zu bezeichnen. Vor August 1998 orientierten sich die Banken an einer berechenbaren Währungsstabilität, die von der Zentralbank im Rahmen des sogenannten Währungskorridors aufrechterhalten wurde. Stimuliert wurde die Stabilität auch durch die für die Banken vorteilhafte Betätigung auf dem Markt der staatlichen und regionalen Obligationen. Die Banken beteiligten sich am Spiel mit staatlichen und regionalen Wertpapieren wegen der von den Emittenten versprochenen hohen Rentabilität. Eine Rolle spielte auch das traditionelle Vertrauen in die Organe der Staatsmacht und die Haushaltsgarantien, an die die Staatsobligationen geknüpft waren. Weil die Banken wegen des Risikos bei der Kreditgewährung für gewöhnliche Kunden ständig in Schwierigkeiten waren – die Nichtrückzahlung betrug bis zu 18 Prozent des Gesamtkreditvolumens – war ihr Interesse an staatlichen und regionalen Obligationen völlig natürlich.

Die am 17. August 1998 ausgesprochene faktische Weigerung des Staates, und danach auch der regionalen Behörden, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, hatte nicht nur einen katastrophalen Einbruch des Wertpapiermarktes, sondern auch eine ruinöse Aushöhlung des Bankensystems zur Folge. Das falsche Vorgehen der Regierung und der Zentralbank führte aus der Sicht der Regionen innerhalb weniger Tage zu einer dreifachen Abwertung des Rubels, zu einem radikalen Rückgang der allgemeinen Liquidität der Banken und zu einem erheblichen Anstieg der bestehenden und zu erwartenden Kreditverschuldung, auch solcher ohne Aussicht auf Rückzahlung. Eine schwierige Situation ist auch auf dem Interbankenmarkt entstanden, der es den Banken lange Zeit gestattete, eine ausreichende Liquidität aufrechtzuerhalten. Auf der regionalen Ebene war der Interbankenmarkt vor der Krise sehr aktiv, und zwar nicht nur unter den örtlichen Banken, sondern er schloß auch die Filialen von Banken aus anderen Städten ein, vor allem aus Moskau. Gegenwärtig¹⁶ ist auf dem Interbankenmarkt eine gewisse Belebung zu verzeichnen, jedoch wirkt sich weiterhin das gegenseitige Mißtrauen aus, besonders gegenüber den außerregionalen Banken, bezüglich derer die notwendigen Informationen über die Liquidität fehlen.

Insgesamt waren Ende 1998 im Gebiet Volgograd 8 regionale Banken und 16 Filialen und Abteilungen von Banken anderer Regionen tätig. Bevor man aber deren Lage beschreibt, muß darauf hingewiesen werden, daß Informationen über das Bankensystem traditionell nicht öffentlich gemacht werden und daß die von wirtschaftlichen Fachpublikationen gemachten Angaben äußerst dürftig sind und zumeist die reale Lage im Bankensektor verschleiern. In eine besonders schwierige Lage sind infolge der Krise die Filialen der Moskauer Banken geraten. Dabei handelt es sich um die "Inkombank", die "Imperial" (der die Zulassung für Banktätigkeit wieder entzogen worden ist), die "Menatep", die "SBS-AGRO" und die "Neftechimbank". Als stabiler erwiesen sich die regionalen Banken. Zu erwähnen ist auch das Fortbestehen einer hohen Aktivität der regionalen Banken bei der Kreditvergabe. Während die Einlagen und Depositen sich auf insgesamt 55,6 Mio. Rubel beliefen, betrugen die gewährten Kredite der regionalen Banken 270,7 Mio. Rubel. Bei den Filialen der Moskauer Banken betrugen diese Zahlen (ohne die "Sberbank", die "BRIKO", die "Vozroždenie" und die Moskauer Export-Import-Bank) 131,3 bzw. 242,3 Mio. Rubel. Zählt man zu den Angaben für die außerregionalen Banken die Zahlen für die "Sberbank" und die Bank "Vozroždenie" hinzu, dann übersteigt der Anteil der von ihnen akkumulierten Mittel in Form von Einlagen und Depositen deutlich den Umfang der von ihnen vergebenen Kredite. Am anschaulichsten zeigt sich das an der Tätigkeit der Bank "SBS-AGRO", die bei 23,7 Mio. Rubel Einlagen und Depositen nur 2,0 Mio. Rubel Krediteinlagen in die Wirtschaft der Region hatte.¹⁷

Der Charakter der Tätigkeit einiger außerregionaler Banken, vor allem solcher aus Moskau, läßt vermuten, daß sie zum Abfluß von Kapital aus der Region beitragen. Heute werden diese Banken, z.B. die "SBS-AGRO", jedoch für systembildend erklärt, und erhalten somit staatliche Unterstützung. Ein Vergleich der verfügbaren offiziellen Angaben zur Tätigkeit der

¹⁶ Februar 1999 (Anmerkung der Red.).

¹⁷ Delovoe Povol'ze, Nr. 43/1998, S. 4-5.

Kreditinstitute des Gebiets Volgograd (s. Tabellen 1 und 2) zeigt, daß das Gesamtvolumen der Kredite der Filialen außerregionaler Banken ungefähr dem Kreditvolumen der Volgograder Banken entspricht. Zugleich sind bei ihnen die Einlagen und Depositen um ein Mehrfaches, möglicherweise um das Zehnfache höher als bei den Volgograder Banken. Die außerregionalen Banken weisen traditionell Gewinne aus, die nur ein Drittel bis ein Fünftel der Gewinne der einheimischen Banken betragen, was ein Beleg dafür ist, daß sie die Steuern, die sie an den regionalen Haushalt abzuführen haben, "minimieren".

Tabelle 1

**Geschäftszahlen der Volgograder Banken zum 1.10.1998
(Tsd. Rubel)¹⁸**

Name des Kreditinstituts	Eigen-Kapital	Registriertes Grundkapital	Pflicht-reserven	Einlagen und Depositen	Finanz-ergebnisse	Kredit-einlagen
1. Akobank Volga	-482	5.000	19	99	-1.912	4.639
2. Volgoprombank	87.941	18.000	15.934	34.662	12.254	157.531
3. VolgoDonbank	22.485	11.800	3.728	10.116	1.781	26.446
4. KOR	27.309	7.021	5.684	2.522	1.023	37.647
5. NOKSbank	33.807	30.000	0	0	3.821	10.802
6. Promžilstrojbank	4.388	3.761	512	2.823	11	4.548
7. RusJugbank	24.931	10.550	2.041	4.555	3.987	27.939
8. SAVA	3.073	1.573	247	827	120	1.156

Unter dem Gesichtspunkt der Interessen der Region wäre es zweckmäßiger, die Positionen der regionalen Banken zu stärken, ohne dabei die Konkurrenz mit Banken anderer Regionen auszuschließen. Jedoch hat sich in den letzten Jahren das Wachstum der Volgograder Banken verlangsamt. Einigen Banken wurde die Zulassung entzogen und ihr Eigenkapital ist relativ gering. Von den acht Volgograder Banken kann nur die "Volgoprombank" mit einem Kapital von 87,9 Mio. Rubel zu den mittleren Banken gezählt werden. Die übrigen werden als kleine Banken eingestuft.

Bewertet man die Volgograder Banken unter dem Gesichtspunkt ihrer Aktivität bei der Kapitalbildung, beim Anlegen von Pflichtreserven, bei der Aquisition von Einlagen und Depositen und bei der Realisierung von Krediteinlagen, dann lassen sich vier Banken ausmachen, die bei der Bewegung von ausländischem Kapital potentiell als Finanzmakler von Interesse sein könnten. Es sind dies die "Volgoprombank", die "VolgoDonbank", die "KOR" und die "Rus-Jugbank". Es muß gesagt werden, daß der Zustand, in dem sich das regionale Bankensystem derzeit befindet, es nicht gestattet, sich seiner effektiv und mit minimalem Risiko für Bankgeschäfte zu bedienen. Die Erfahrungen der jüngsten Krise haben gezeigt, daß das Bankensystem Rußlands äußerst unzuverlässig ist. Daher müssen, wenn ausländisches Kapital auf den russischen Markt fließen soll, die für den Erhalt und die Rentabilität der Investitionen notwendigen Bedingungen geschaffen werden.

¹⁸ Ebd.

Tabelle 2

**Geschäftszahlen der Filialen außerregionaler Banken zum 1.10.1998
(Tsd. Rubel)¹⁹**

Name des Kreditinstituts	Einlagen und Depositen	Krediteinlagen	Finanz- ergebnisse
1. Briko	**	**	**
2. Vozroždenie	**	**	**
3. Gazprombank	9.334	8.620	3.936
4. Inkombank (Volgograd)	64.495	48.556	419
5. Inkombank (Volshskij)	16.880	19.890	195
6. IRS	951	1.174	16
7. Menatep	3.234	142.368	-820
8. Moskauer Industriebank	4.826	7.771	53
9. Moskauer Export- und Importbank	**	**	**
10. Neftechimbank (Volshskij)	2.352	1.129	-131
11. Petrovskij (Volshskij)	2.623	2.486	219
12. SBS-AGRO	23.681	1.999	**
13. Sel'mašbank (Urjupinsk)	168	908	1
14. Ėkspress-Volga	496	4.896	180
15. Junibest	2.324	2.476	177

*** Angaben von der Bank nicht zur Veröffentlichung freigegeben.*

Da die russische Gesetzgebung den Zugang ausländischer Banken zum russischen Markt einschränkt, können zu diesem Zweck die kleinen und mittleren Banken benutzt werden, die ihre Zuverlässigkeit unter Beweis gestellt haben, das Vertrauen ihrer Kunden genießen und bereit sind, mit westlichen Banken als gleichberechtigter Partner oder als Juniorpartner zusammenzuarbeiten. Gegenwärtig wird die Frage geprüft, ob die Schulden russischer Banken bei westlichen Banken teilweise als Investitionen in das Kapital der russischen Banken umgeschrieben werden können. Aber auch wenn das so beschlossen wird, werden die regionalen Banken von Volgograd davon nicht betroffen sein. Die regionalen Interessen im Zusammenhang mit der Anwerbung ausländischer Investitionen verlangen die Herstellung direkter Korrespondenzbeziehungen zwischen den westlichen und den russischen Partnern in

¹⁹ Ebd.

den Regionen. Das Einbringen westlichen Bankkapitals wird es ermöglichen, die zivilisierten Verhältnisse, die bei den westlichen Banken herrschen, auf der regionalen Ebene einzuführen, z.B. moderne Banktechnologien, einschließlich Informationstechnik. Die westlichen Banken könnten zukünftig bei der Einführung zuverlässigerer Mechanismen zur Durchführung von Währungsgeschäften, zum *risk hedging* und zum Abschluß von *forward*-Geschäften behilflich sein.

Nach unserer Ansicht ist es ein Fehler des westlichen Kapitals in Rußland, daß es das Problem der Gewährleistung der Investitionssicherheit unterschätzt. In Bezug auf das Bankensystem bedeutet das, daß eine ziemlich starke Kontrolle der Banken, die Geschäfte mit westlichem Kapital machen, ausgeübt werden sollte und daß moderne Banktechnologien eingeführt werden müßten. Im Rahmen einer für Investitionen so attraktiven Region wäre es ausreichend, die Kontrolle der jeweiligen Bank durch eine Beteiligung an ihrem Stammkapital, durch die Entsendung der notwendigen Spezialisten in die Leitung der Bank und durch die Heranziehung von Experten zu sichern. Letztere sollten in der Lage sein, die Situation operativ zu kontrollieren und die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Ein anderer Weg, über Bankverbindungen effektiv auf den russischen Markt zu gelangen, könnte die Ausübung von Kontrolle über eine oder mehrere Moskauer Banken mit einem ausreichend entwickelten Filialnetz in den Regionen sein. Durchaus vernünftig wäre die Kombination eines gleichzeitigen Einfließens von Kapital über die regionalen Banken und das Filialnetz der Moskauer Banken. Vieles bei der Festlegung der möglichen Richtungen dieser Politik wird von den Entscheidungen der Regierung und der Zentralbank Rußlands im Rahmen ihrer beabsichtigten Umgestaltung des Bankensystems abhängen.

Leider werden aber die Vertreter des westlichen Bankkapitals höchstwahrscheinlich mit der typischen Situation konfrontiert werden, daß die russischen Eigentümer und Manager der regionalen Banken nur allzu gern die Zusammenarbeit mit westlichen Investoren aufnehmen, dabei aber alles tun, um die Grundpositionen beim Stammkapital, bei der Leitung, beim Besitz und der Verfügungsgewalt von Informationen über das Vermögen der Bank, bei der Auswahl der Mitarbeiter und bei der Personalverwaltung zu behalten. Das ist nicht nur im Bankwesen, sondern auch bei den sogenannten Joint Ventures eine typische Erscheinung. Sie hängt damit zusammen, daß die Eigentümer und Manager zum einen ausländische Investitionen wünschen und zum anderen nicht die Kontrolle über das Kapital verlieren wollen. Das Unvermögen, unter Marktbedingungen zu arbeiten, führt aber letzten Endes zum Scheitern des Investitionsprojekts mit den entsprechenden Folgen für den ausländischen Investor.

Sollte westliches Kapital Eingang in das russische Bankensystem finden, dann wird es auf ein ziemlich schwaches und unklares Informationssystem, auf widersprüchliche und mangelhaft ausgearbeitete Weisungsdokumente der Zentralbank, auf ein schwaches Niveau des Kreditmanagements u.a. treffen. Es können auch Probleme mit dem Personal auftreten, von dem ein erheblicher Teil keine ausreichende Ausbildung und Professionalität besitzt. Der Versuch, weniger professionell arbeitende Mitarbeiter zu entlassen, kann zu gewissen Schwierigkeiten führen, wenn es sich dabei um Verwandte von Mitgliedern des Direktoriums oder der

Geschäftsleitung der Bank, von Großkunden oder von Führungspersonen der Regional- oder Kommunalverwaltung handelt. Und schließlich: Wenn westliche Investoren eine ausreichende Sicherheit bei der Anlage ihres Kapitals in Rußland haben wollen, dann müssen sie in das russische Bankensystem, das eine der Komponenten einer ganzheitlichen Expansionsinfrastruktur ist, eindringen und durch die Realisierung ihrer Ziele das Bankensystem Rußlands allmählich an das von den westlichen Standards geforderte Niveau heranführen. Allerdings ist die Tendenz zum Vordringen westlicher Banken auf den russischen Markt noch immer schwach.

Zum 1. Dezember 1998 waren auf dem Territorium Rußlands 18 Bankinstitute mit 100prozentigem Anteil an ausländischem Kapital und 11 mit einem Anteil von über 50 Prozent registriert. Außerdem gibt es eine 1998 gegründete Filiale einer auswärtigen Bank.²⁰ Leider gibt es auf dem Territorium des Gebiets Volgograd keine Bankinstitute mit ausländischer Kapitalbeteiligung. Das Problem des Vordringens ausländischen Bankkapitals auf den russischen Markt ist wegen der Unvollkommenheit des geltenden Bankrechts und mangels eines zur Gewährleistung effektiver Arbeit der Bank auf dem betreuten Territorium ausreichenden Operationsvolumens sehr kompliziert. Mit der Einrichtung einer Abteilung oder einer Filiale einer westlichen Bank in der Region lassen sich viele der schon erwähnten Schwierigkeiten, die mit der Stützung auf russische Banken zusammenhängen, vermeiden. Um solche Banken in der Region rasch zu etablieren, bedarf es "nur" der Ausschreibung zur Einstellung einiger gebildeter und professionell gut geschulter örtlicher Bankfachleute, die über große Arbeitserfahrungen und Kenntnisse der Region verfügen, sowie junger Spezialisten, die die notwendige Bildung besitzen, Fremdsprachen beherrschen und bereit sind, eine zusätzliche Schulung in westlichen Ausbildungsprogrammen für Bankangestellte zu absolvieren. Nach unserer Ansicht wäre diese letzte Variante des Vordringens westlicher Banken in die Region die akzeptabelste.

1.4 Landwirtschaft

Das Territorium des Gebiets Volgograd umfaßt 113.000 km², davon werden 86.000 km² landwirtschaftlich genutzt. In ländlichen Gegenden leben 695.000 Menschen, von denen 205.000 ausschließlich in der Landwirtschaft beschäftigt sind.²¹ Das Gebiet liegt in einer Dürrezone mit risikoreichem Ackerbau: Im Durchschnitt herrscht jedes dritte Jahr eine schwere Dürre, die den Verlust von zwei Drittel der Ernte zur Folge hat. Dennoch versorgt die Provinz Volgograd trotz der schwierigen Naturverhältnisse seine Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und führt mindestens ein Viertel seiner Produktion in andere Gebiete aus. Außerdem liegt die Produktivität der Landwirtschaft in Volgograd um das Anderthalbfache über dem Wert für ganz Rußland; indes schneidet die Region bei einem Vergleich mit Deutschland schlecht ab und erreicht fast nur ein Sechstel der Produktivität der deutschen Agrarwirtschaft.

Anfang der neunziger Jahre war die Landwirtschaft des Gebiets von Kolchosen und Sowcho- sen geprägt, die etwa 80 Prozent aller landwirtschaftlichen Produkte lieferten. Die übrigen 20

²⁰ Vestnik associacii rossijskich bankov, Nr. 2/1999, S. 77-78.

²¹ Volgogradskaja oblast'..., a.a.O. (Fn. 5), S. 3, 151, 6, 22.

Prozent entfielen auf bäuerliche Nebenerwerbsbetriebe.²² Mit dem Übergang zu Marktverhältnissen verloren die Produkte der meisten Kolchosen und Sovchosen ihre Konkurrenzfähigkeit. Das galt vor allem für die Viehzucht und für den Obst- und Gemüsebau. Dramatisch verschlechterte sich die finanzielle Lage dieser Betriebe. Sie waren nicht mehr in der Lage, den normalen Reproduktionszyklus aufrechtzuerhalten, Maschinen und Anlagen zu erneuern und neue Räumlichkeiten zu bauen. Das biologische und technische Potential der Landwirtschaft des Gebiets Volgograd wurde fortschreitend zerstört. Nach Expertenschätzungen waren Ende 1998 im Vergleich zu 1990 an die 60 Prozent der technischen Produktionsmittel, an die 40 Prozent der Bauten für landwirtschaftliche Nutzung und an die 50 Prozent des Nutztviehs verlorengegangen, und ein Drittel der Ackerflächen blieb unbebaut.

Der Versuch, die Landwirtschaft analog den westlichen Systemen umzuorganisieren, um so den Produktionsrückgang zu verhindern und die für Rußland neue Institution freier warenproduzierender Bauern zu schaffen, schlug fehl. 1992-1993 gründeten etwa 13.000 Volgograder Bauern Farmbetriebe, das entspricht 8 Prozent der Gesamtzahl der Bauernfamilien. Der Staat gewährte ihnen jedoch nicht die notwendige materielle Unterstützung. Die neuen Farmer waren nicht in der Lage, Technik und Vieh zu erwerben und Bauten zu errichten. Ein Servicesystem für Farmbetriebe wurde nicht eingerichtet. Das Ergebnis ist, daß über 800 Farmbetriebe ganz aufgegeben haben und nur 4.500 Farmer tatsächlich Land bestellen und Produkte anbauen und verkaufen. Die übrigen gelten formell als Farmer und schlagen sich mit gelegentlichen Einkünften durch.

Der einzige Sektor der Landwirtschaft, der sein Potential bewahrt und erweitert hat, ist die Nebenerwerbswirtschaft von Bauern. Obwohl nur 0,8 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen nutzend, werden hier 60 Prozent des Ertrags an Fleisch und Milch, 98 Prozent der Kartoffeln, 72 Prozent des Gemüses und 89 Prozent des Obstes erwirtschaftet. Demgegenüber entfallen heute bei den Viehzuchtprodukten 37 Prozent auf den öffentlichen Sektor (die ehemaligen Kolchosen und Sowchosen) und 3 Prozent auf die Farmer. Außerdem werden im öffentlichen Sektor 88 Prozent des Getreides, 83 Prozent der Sonnenblumensamen und 96 Prozent der Futtermittel produziert.²³ Die reale Produktionsstruktur ist sehr aufschlußreich:

- Die bäuerlichen Nebenerwerbsbetriebe verfügen über weniger als 1 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen und produzieren 1,0 Prozent der Gesamtmenge an Futtermitteln und 60 Prozent der Viehzuchtprodukte;
- die öffentlichen Betriebe verfügen über 95 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen und produzieren 96 Prozent der Futtermittel und 37 Prozent der Viehzuchtprodukte;
- die Farmer verfügen über 4 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen und produzieren 3 Prozent der Futtermittel und 3 Prozent der Viehzuchtprodukte.

²² Narodnoe chozjajstvo Volgogradskoj oblasti v 1992 godu. Statističeskij ežegodnik. Volgograd, 1992, S. 155-156.

²³ Volgogradskaja oblast'..., a.a.O. (Fn. 5), S. 159-168, 182-185.

Wie ist es möglich, daß auf 1 Prozent der Fläche 60 Prozent der Produkte erzeugt werden? Die Antwort ist einfach: Unter den entstandenen spezifischen Bedingungen hat sich ganz spontan, von niemandem geregelt, eine gewisse Arbeitsteilung zwischen der öffentlichen Wirtschaft und den bäuerlichen Nebenerwerbsbetrieben herausgebildet, die den potentiellen Möglichkeiten der Agrarwirtschaft in der Übergangsperiode optimal Rechnung trägt. Die andere Seite des Problems der Wechselwirkung von bäuerlicher und öffentlicher Wirtschaft besteht darin, daß 1992-1993 die Kolchosen und Sowchosen in Aktiengesellschaften, GmbH's, Vereinigungen bäuerlicher Betriebe und Produktionsgenossenschaften umgewandelt wurden. Dabei wurde das Land unter den Bauern in Anteile (Parzellen) aufgeteilt, ohne daß die Grundstücke für den Einzelnen genau festgelegt wurden. Konkrete Grundstücke wurden nur an diejenigen Bauern vergeben, die die öffentliche Wirtschaft verließen, um eigene Farmen zu gründen. Mithin wurde das Land weiterhin gemeinsam genutzt.

Die Mehrheit der Bauern zeigte sich bei der Durchführung der Reformen und bei der Reorganisation der Betriebe zur Führung eines selbständigen Farmbetriebs moralisch und materiell außerstande, und die negative Erfahrung der meisten Farmer führte in der Folgezeit dazu, daß 98 Prozent der Mitglieder der heutigen Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Vereinigungen dem Angebot, eine eigene Farm zu gründen, negativ gegenüberstehen. Gründe dafür gibt es viele. So ist es z.B. nicht möglich, das Eigentum der Betriebe aufzuteilen, denn heute kommt ein Traktor auf sechs Bauernfamilien, ein Mähdrescher auf 21 Familien usw. Die Möglichkeit, technisches Gerät zu kaufen, steht den Volgograder Bauern mangels Geld und Krediten nicht zur Verfügung. Außerdem ist das System der selbständigen Bauernsiedlungen (*chutory*), das es gestattete, die Stallungen, das Inventar und den Wohnraum des Bauern unmittelbar auf seinem Land einzurichten, in der Sowjetzeit praktisch völlig vernichtet worden.

Im Gebiet Volgograd leben die meisten Bauern in kompakt angelegten Siedlungen, in denen die Anzahl der Höfe einige Dutzend bis mehrere hundert beträgt. Unter diesen Bedingungen können die Bauern Land in 5-10 km Entfernung vom Wohnort erhalten, was mit großen Schwierigkeiten bei der Versorgung der Tiere verbunden ist und es auch nicht gestattet, Maschinen, Inventar und sonstige Werte unter ständiger Beobachtung zu halten, so daß sie jederzeit gestohlen werden können (ein negatives Spezifikum des russischen Lebens). Ein weiterer wichtiger Aspekt, der der Umstellung der Landwirtschaft auf Farmbetrieb im Wege steht, liegt darin, daß den Bauern die erforderliche rechtliche und finanziell-ökonomische Ausbildung fehlt, ohne die ein selbständiger Betrieb nicht erfolgreich geführt werden kann. Die Erfahrungen mit den aktiven Farmern zeigen, daß die meisten von ihnen ehemalige Spezialisten und Leiter von Kolchosen, Sowchosen bzw. deren Untergliederungen sind und über eine Fachausbildung und Erfahrungen mit organisatorischer und wirtschaftlicher Arbeit verfügen.

Aus allen genannten Gründen ist die überwältigende Mehrheit der Bauern nicht für Reformen nach dem westeuropäischen Muster vorbereitet. Ebensowenig ist es der Staat, der nicht in der Lage ist, die Durchführung solcher Reformen zu finanzieren. Außerdem ist noch der Faktor der Arbeitslosigkeit auf dem Lande zu berücksichtigen, da die Hinführung der Landwirtschaft auf Produktivitätsstandards ähnlich denen in Westeuropa bis zu 70 Prozent der Bauern

arbeitslos machen würde. Natürlich darf man es nicht zu einem unkontrollierten Verlauf dieser Entwicklung kommen lassen, die sich in der Geschichte häufig in sozialen Eruptionen niedergeschlagen hat. Besser ist es, wenn der Prozeß der Verdrängung überschüssiger Arbeitskräfte nach und nach in den nächsten 20 Jahren vonstatten geht, hauptsächlich auf Kosten der Gruppe der 15-25jährigen, die noch keine eigene Familie haben. Berechnungen zeigen, daß in diesem Zeitraum die Migrationsabwanderung der ländlichen Jugend das Angebot an Arbeitskräften in ausreichendem Maße ausgleichen wird.

Wir meinen, daß eine Reformierung der russischen Landwirtschaft möglich ist, wobei allerdings die Spezifik des Landes und der jeweiligen Region sowie ein ausreichend langer Zeitrahmen für die Durchführung zu berücksichtigen ist. Dazu ist es aber zunächst erforderlich, die Ziele der Reform, die während ihrer Durchführung zu lösenden Aufgaben, die Etappen, die Methoden, die finanzielle Sicherstellung u.a. festzulegen. Im Hinblick auf die entstandene Situation muß heute nicht so sehr in die Landwirtschaft selbst, sondern eher in die Schaffung der Voraussetzungen für ihren Aufschwung und ihre Reformierung investiert werden. Man sollte einem Farmer kein Geld geben, wenn er absolut keine Ahnung von einer wirklichen Farm hat.

Westeuropäische Spezialisten für die Organisation der Landwirtschaft könnten bei der Lösung folgender Aufgaben wesentliche Hilfe leisten:

- Aufbau eines Modells für kooperative Wirtschaft;
- Ausbildung von Farmern, die zur selbständigen Führung eines Betriebs in der Lage sind;
- Einführung moderner Technologien in der Landwirtschaft;
- Ausarbeitung eines Systems zum Ernten und Verarbeiten der Produkte;
- Ausarbeitung von Geschäftsplänen, die zu westlichen Investitionen in die Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe beitragen;
- Einrichtung von Beratungs- und Informationszentren u.ä.

2. Regionale Wirtschaftspolitik

2.1 Erarbeitung einer Konzeption zur wirtschaftlichen Entwicklung

Daß es erforderlich war, eine Konzeption zur wirtschaftlichen Entwicklung des Gebiets zu erarbeiten, zeichnete sich schon 1992 ab. Seitdem sind wiederholte Versuche unternommen worden, die Hauptrichtungen für die Stabilisierung, Entwicklung und Reformierung der regionalen Wirtschaft festzulegen. Alle diese Versuche scheiterten aus Gründen, die für die gesamte Wirtschaft des Landes charakteristisch sind, sowie daran, daß das Wesen der Vorgänge von den Erarbeitern der Konzeptionen und von den Führungskräften der Region nicht verstanden wurde. Die Folge ist, daß heute auf dem Territorium des Gebiets kein einheitliches komplexes Programm existiert, mit dem die Wirtschaft aus der Krise herausgeführt werden könnte, und sei es auch nur für einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren. Vielmehr beschäftigen sich die Verwalter auf allen Ebenen mit operativen Fragen von

Steuereinnahmen, Zahlung von Löhnen, Renten und Subventionen und mit der Lösung spezifischer kommunaler Aufgaben (Betreuung von Wohnraum, Straßen u.ä.).

Erschwert wird das Problem der Erarbeitung einer Konzeption zur regionalen Wirtschaftspolitik durch den verstärkten Einfluß der Direktorenschaft, die die Großunternehmen und -vereinigungen vertritt. Die meisten Vertreter der Direktorenschaft denken, zumindest was ihre Handlungen und Absichten betrifft, noch immer in den alten Kategorien der zentralen Wirtschaftsplanung. Die zwischen 1992 und 1995 durchgeführte Privatisierung der Aktien stärkte nur die Positionen der meisten Direktoren, die sich allein oder zusammen mit einer Gruppe nahestehender Personen die Kontrollmehrheiten am Stammkapital der Unternehmen verschafften und zu Besitzern mit allen Vollmachten wurden. Auf diese Weise wurden die modernen Prinzipien des Aktieneigentums und des Managements von der russischen Privatisierung mißachtet. Daran konnte auch das 1996 verspätet verabschiedete Gesetz, das die Gründung, Aktivitäten und Auflösung von Aktiengesellschaften reguliert, nichts ändern.

Das Ergebnis ist, daß es heute in der Führung der Region keine Vertreter demokratischer Bewegungen mehr gibt, sondern daß die leitenden Posten mit ehemaligen Funktionären aus der KPdSU und mit den Direktoren der großen Unternehmen besetzt sind. Bei einer solchen Zusammensetzung der regionalen Elite läßt sich eine Politik liberaler, auf der Unterstützung von Privatinitiative basierender Umgestaltungen nicht durchführen. Am ehesten wahrscheinlich ist auf kurze Sicht ein Kurs der regionalen Führung, der die Unterstützung und Konsolidierung systembildender Unternehmen wie des Volgograder Traktorenwerks, "Krasnyj Oktjabr", "Barrikady" u.a. zum Ziel hat. Allerdings gibt es in der Region keine Investoren, die in der Lage wären, diesen Unternehmen finanzielle Unterstützung zu gewähren. Äußerst angespannt ist auch das Gebietsbudget. Gleichzeitig werden einige Schritte unternommen, um die Wirtschaft des Gebiets aus der Krise zu führen, aber diese Schritte geben Anlaß zu erheblichen Zweifeln an ihrem Erfolg.

Zu diesen Schritten kann man den Beginn eines Konkursverfahrens und die Einführung einer externen Leitung etwa im Hüttenwerk "Krasnyj Oktjabr" zählen, ebenso die Einrichtung wirtschaftlicher Entwicklungszonen auf dem Territorium großer Unternehmen. Auf's Ganze gesehen, sind die Maßnahmen der Volgograder Administration zur Veränderung der Situation in der Wirtschaft unsystematisch. Gegenwärtig wird vom neuen stellvertretenden Chef der Gebietsadministration, Vladimir Kabanov, ein weiterer Versuch unternommen, eine Konzeption zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region zu erarbeiten. Aber auch heute mangelt es der Gebietsführung nach wie vor an einer Zukunftsvision und einem konkreten Aktionsplan.

2.2 Wirtschaftliche Entwicklungszonen

Gegenwärtig wird auf der Basis staatlicher Finanzhilfe in einigen Unternehmen das Konkursverfahren mittels Sanierung und externem Management durchgeführt. Ein Beispiel für einen solchen Konkurs ist das Hüttenwerk "Krasnyj Oktjabr". Sowohl in der Provinz Volgograd als auch in der Stadt selbst wird ein zusätzlicher Mechanismus zur Rettung großer Industrieunternehmen angewandt: Bei voller Unterstützung durch die Gebietsadministration und die Duma

werden sogenannte wirtschaftliche Entwicklungszonen (WEZ) geschaffen. Innerhalb einiger Großunternehmen können einzelne Bereiche als WEZ deklariert werden mit dem Ziel, Investitionen anzulocken. Die regionale Gesetzgebung sieht Steuerbefreiungen und -vergünstigungen für die in den wirtschaftlichen Entwicklungszonen tätigen Unternehmen vor, vor allem für diejenigen Betriebe, auf deren Territorium diese Zonen eingerichtet sind. Nach ihrer Finanzlage beurteilt, sind diese Unternehmen längst bankrott, ihre Konten bei den Banken sind gesperrt und sie zahlen keine Steuern. Die Schaffung von WEZ gestattet es jedoch, die Sperrung der Konten aufzuheben, alte Steuerschulden zu stunden und Vergünstigungen für neue Steuerzahlungen zu erhalten. Möglicherweise gibt das einen gewissen Anstoß zur Wiederaufnahme der Produktion und zur Anwerbung von Investitionen, worauf man beispielsweise im Traktorenwerk hofft. Diese Vorgehensweise ist jedoch nicht geeignet, auf lange Sicht eine effektive Entwicklung der Wirtschaft zu sichern.

Das Gebietsgesetz "Zum Verfahren der Schaffung wirtschaftlicher Entwicklungszonen auf dem Territorium des Gebiets Volgograd" wurde im Juni 1997 verabschiedet. Es sieht vor, daß wirtschaftliche Entwicklungszonen in ländlichen Gebieten nicht mehr als 4 km², in der Stadt nicht über 1 km² und auf dem Gelände von Unternehmensstädten stadtbestimmender (*grado-obrazujuščye*) Unternehmen bis zu 3 km² umfassen dürfen. Zu den wirtschaftlichen Entwicklungszonen dürfen keine Wohngebäude gehören. In den Zonen sind steuerliche Vergünstigungen für Gewinne, Vermögen und Grundbesitz vorgesehen. Den in den wirtschaftlichen Entwicklungszonen registrierten juristischen Personen wird, unter der Bedingung, daß sie ihre laufenden Zahlungen vollständig und pünktlich leisten, ein zweijähriges Steuerschuldenmoratorium gewährt. Die wirtschaftlichen Entwicklungszonen werden für mindestens zehn Jahre eingerichtet, eine weitere Verlängerung ist möglich. Während der genannten Frist werden die Steuerbedingungen nicht geändert. Vergünstigungen werden nur denjenigen juristischen Personen gewährt, deren gesamte Produktionsbasis innerhalb der wirtschaftlichen Entwicklungszone liegt und die mindestens 50 Prozent des Reingewinns auf dem Territorium der Zone reinvestieren.²⁴

In seinen Grundparametern ist das Gesetz auf Großunternehmen angelegt, denen bedeutende Bodenflächen sowie eine Vielzahl kleiner Produktions- und Handelsmaklerfirmen angeschlossen sind, die in der Regel schon vor der Privatisierung von den Leitern der Großunternehmen zum Zweck der legalen Umlenkung und Aneignung finanzieller Mittel gegründet worden sind. So waren etwa um das Hüttenwerk "Krasnyj Oktjabr" herum und auf dessen Territorium ca. 120 verschiedene Firmen tätig, die von den leitenden Managern und ihren Verwandten kontrolliert wurden. Gegenwärtig sind wirtschaftliche Entwicklungszonen auf dem Territorium des Traktorenwerks und des Unternehmens "Chimprom" eingerichtet. Vorgesehen sind weitere im Werk "Krasnyj Oktjabr" und anderen Unternehmen. Die Gewährung erheblicher Vergünstigungen für diese Unternehmen bürdet die Steuerlast denjenigen Produzenten auf, die ihre Steuern noch zahlen können, so daß deren Entwicklung

²⁴ Gesetz des Gebiets Volgograd "O porjadke sozdanija zon èkonomičeskogo razvitija na territorii Volgogradskoj oblasti" ("Zum Verfahren der Schaffung wirtschaftlicher Entwicklungszonen auf dem Territorium des Gebiets Volgograd") vom 3.6.1997, Nr. 121-OD.

eingeschränkt wird. Faktisch verstößt das Gebietsgesetz über die wirtschaftlichen Entwicklungszonen gegen das in der Gesetzgebung der Russischen Föderation festgelegte Prinzip der Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen.

Das Volgograder Gesetz über wirtschaftliche Entwicklungszonen trägt nicht zur Anlockung von Investitionen bei. Effektiver wäre die Schaffung einer freien Wirtschaftszone auf dem gesamten Territorium des Gebiets, allerdings hat das Bestehen solcher Zonen im Gebiet Kaliningrad, in Kalmykien, Inguschetien und Fernost bislang nicht den erhofften wirtschaftlichen Effekt gehabt und nur zur Kriminalisierung des Geschäftslebens beigetragen.

2.3 Fiskalpolitik

Die Aufstellung der Haushalte sowohl für das Gebiet insgesamt als auch für die Kommunen gestaltet sich in Volgograd äußerst schwierig. Die Mittelverteilung ist vor allem vom angespannten Verhältnis zwischen der Provinz-Regierung und der Stadt Volgograd, der Haupteinkommensquelle für den Gebietshaushalt, geprägt. Einige Widersprüche sind hierbei objektiver Art, und ihre Lösung erfordert koordinierte Arbeit, die es aber in der Region nicht gibt. Besonders wirkt sich das auf die Bildung einer einheitlichen Steuer- und Haushaltspolitik innerhalb der Region aus. Bekanntlich gibt es im Steuersystem Rußlands feste und regelnde Steuern, aus denen die Steuereinnahmen der Föderations-, Regional- und Lokal-(Kommunal-)haushalte gebildet werden. Dementsprechend wird jedes Unternehmen gewissermaßen dreifach besteuert: einmal für die Föderation, ein weiteres Mal für das Föderationssubjekt und schließlich für die Kommune. Die Steuergesetzgebung der Russischen Föderation gibt den Regionen und Kommunen das Recht, Steuervergünstigungen und -befreiungen zu gewähren, soweit das die Steuereinnahmen für ihre eigenen Haushalte betrifft. Daher können bei einer koordinierten Steuerpolitik der regionalen und kommunalen Behörden Fragen von Steuervergünstigungen und -befreiungen durch entsprechende proportionale Aufteilung zwischen den regionalen und kommunalen Haushalten aktiv gelöst werden. Wenn man bedenkt, daß von den gesamten Steuereinnahmen über 50 Prozent und unter Berücksichtigung der Transferleistungen und Abführungen an Sozialfonds sogar bis zu 80 Prozent in der Region verbleiben, dann ist es nicht schwer, sich die wahrscheinliche Effizienz einer koordinierten Steuerpolitik vorzustellen.

Das Wesen einer koordinierten Politik besteht darin, daß das Gebiet und die Kommunen eine einheitliche Politik zur Regelung der Steuersätze und Steuerabführungen in die Haushalte und zur Gewährung von Steuervergünstigungen und -befreiungen betreiben. Je nach ihren Vollmachten können die Kommunalbehörden real 20-25 Prozent der auf ihrem Territorium erhobenen Steuern ihren eigenen Haushalten zuschreiben. Die übrigen Einnahmen gehen an die übergeordneten Haushalte, davon 25-30 Prozent an den Gebietshaushalt. Berechnungen zeigen, daß die Kommunalbehörden unter günstigen Umständen eine Minderung der Steuerlast für Unternehmer im Rahmen von 4-5 Prozent der an die Haushaltseinnahmen abzuführenden Summen gewähren können, womit das Problem der steuerlichen Entlastung nicht gelöst ist. Wenn entsprechende Steuersenkungen durch die Gebietsbehörden vorgenommen werden, dann sinkt die Steuerlast für den Unternehmenssektor um etwa 20 Prozent, was sich spürbar auf die Verbesserung des Investitionsklimas auswirken kann.

Jedoch wird diese sehr wichtige Seite der Fiskalpolitik – die von der russischen Gesetzgebung eindeutig verordnete Regelung zwischen den Haushalten – wegen des politischen Kampfes in der Region und der Querelen unter den führenden Politikern nicht im Interesse der Entwicklung des Unternehmertums genutzt. Leider sind die Unternehmer nicht nur durch Steuern und Sozialabgaben (in Renten-, Sozial-, Krankenversicherungs- und Beschäftigungsfonds) belastet, sondern auch durch verschiedene Lizenz- und Registrierungsgebühren, Pachtzahlungen und kommunale Gebühren, deren Höhe von den lokalen Behörden festgelegt wird. Dabei sind die Beamten der kommunalen Ämter gewöhnlich daran interessiert, mit den Zahlungen der Unternehmer die Kosten für den Unterhalt des sozialen Bereichs in ihren Verwaltungen abzudecken. In vielen Fällen ist die Belastung durch diese Zahlungen erheblich höher als die Summe der Steuern. Mithin schafft die Fiskalpolitik in der Region nicht die Voraussetzungen für eine aktive Entwicklung des Unternehmertums. Es fehlt an Verständnis für die Notwendigkeit, eine fiskalpolitische Konzeption zur Heranbildung eines günstigen Investitionsklimas zu erarbeiten.

2.4 *Anwerbung ausländischer Investitionen*

Insgesamt wurden im Zeitraum 1989-1997 105,8 Mio. US-Dollar in die Wirtschaft des Gebiets Volgograd investiert, davon 52,2 Mio. Dollar deutsches Kapital. 1997 betrug das Investitionsvolumen 28,3 Mio. Dollar, wovon 5,9 Mio. aus Deutschland stammten.²⁵ Im Gebiet sind 308 Unternehmen mit ausländischen Investitionen registriert; allerdings waren von diesen im Jahre 1997 nur 145 aktiv. In der Regel handelt es sich um gemischte Unternehmen, und der Anteil der ausländischen Investoren am Stammkapital beträgt 53 Prozent. Von den Unternehmen mit ausländischen Investitionen wurden 1997 Produkte (Waren und Dienstleistungen) in Höhe von 120 Mio. Dollar erzeugt, das sind 2,1 Prozent des Bruttoregionalprodukts. Bezogen auf den Anteil der Investoren am Stammkapital bedeutet das, daß weniger als 1,1 Prozent des Bruttoregionalprodukts auf rein ausländische Beteiligungen entfallen. Die Personalstärke der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung beträgt 4.900 Beschäftigte bzw. 0,6 Prozent der im Bereich der Produktion von Waren und Dienstleistungen Beschäftigten.²⁶ Ein Vergleich des mit ausländischer Kapitalbeteiligung erzeugten Bruttoregionalprodukts mit der Zahl der Beschäftigten zeigt, daß die Arbeitsproduktivität in diesem Sektor um 3,5 mal höher ist als im Gebietsdurchschnitt.

Das größte Interesse an Investitionen in die Wirtschaft der Region war zu Beginn der neunziger Jahre zu verzeichnen, und es war von weitgehenden Hoffnungen auf Reformen getragen. Seit 1994 ließ jedoch das Interesse nach. Mehr als die Hälfte der registrierten Unternehmen mit ausländischer Beteiligung stellten ihre Tätigkeit ein oder konnten sie gar nicht erst aufnehmen. Faktisch war die Anwerbung ausländischer Investoren gestoppt, und trotz einiger positiver Beispiele ist die allgemeine Investitionssituation im Gebiet Volgograd außerordentlich schwach. Die Hauptursachen für die Zurückhaltung der ausländischen

²⁵ Volgogradskaja oblast'..., a.a.O. (Fn. 5), S. 122-134.

²⁶ Ebd., S. 134.

Investoren beim Anlegen von Kapital in der Wirtschaft des Oblast' sind politische Instabilität sowie das Fehlen von Föderationsgesetzen, die die Sicherheit und Effektivität von Investitionen auf dem Territorium Rußlands gewährleisten. Die geltenden Gesetze behindern ausländisches Kapital eher, als daß sie es anlocken. Wenn z.B. das Kapital eines ausländischen Investors 100.000 Rubel beträgt, dann muß das Unternehmen in Moskau registriert werden. Diese Norm wurde zu einer Zeit gesetzt, als 100 Mio. Rubel (der entsprechende Nominalwert vor der Umwertung) 50.000 US-Dollar entsprachen. Ende 1998 betrug der Gegenwert nur noch 5.000 Dollar.

Ziemlich kompliziert gestaltet sich auch das System der Registrierung von Unternehmen mit ausländischen Investitionen, aber bisher ist nichts getan worden, um es zu vereinfachen und es mit einem Consulting-System zu verbinden, das dem Investor die notwendigen Dienstleistungen anbieten und seine Kosten minimieren kann. In der heutigen Situation sind die Gesamtkosten für die Eröffnung einer neuen Firma häufig sehr hoch (einschließlich des Zeitfaktors), was potentielle Investoren entweder abschreckt oder aber sie dazu bewegt, ihre Vorhaben gänzlich aufzugeben. Das auf langfristige Investitionen ausgerichtete Großkapital ist wegen der ungewissen Zukunft nicht unbedingt an einem Engagement im russischen Markt interessiert. Schwächere Kapitalanleger wiederum, die auf kurz- und mittelfristige Investitionen im Rahmen von 3-5 Jahren ausgerichtet und von daher weniger abhängig vom Problem der fernerer Ungewißheiten sind, sehen sich bürokratischen Hindernissen ausgesetzt. Daß ausländische Investoren ihr Kapital bevorzugt in Branchen mit einem relativ kurzen Rückflußzyklus investieren, geht aus Tabelle 3 hervor.

Tabelle 3

**Struktur der ausländischen Investitionen in die Wirtschaft
des Gebiets Volgograd 1997²⁷**

Wirtschaftssektor	Investitionsvolumen in 1.000 US-Dollar	Prozentualer Anteil
Brennstoffindustrie	4.785	16,91
Chemische Industrie	13	0,01
Nahrungsmittelindustrie	14.653	51,74
Kommunikation	7.994	28,23
Handel und Dienstleistungen	725	2,58
Sonstige Branchen	148	0,53
Insgesamt:	28.318	100

²⁷ Ebd., S. 122.

Über die Hälfte der Investitionen entfällt auf die Nahrungsmittelindustrie. An zweiter Stelle steht die Telekommunikation und an dritter der Öl- und Gassektor. Außerordentlich gering sind die Investitionen in die verarbeitende Industrie – sie betragen nicht mehr als 0,5 Prozent. Und das, obwohl es in Volgograd 45 mit Hilfe der Gebietsadministration vorbereitete Investitionsprojekte gibt, die zum größten Teil auf die Anwerbung ausländischer Investitionen in die verarbeitende Industrie ausgerichtet sind. Interesse an den Projekten zeigten Investoren wie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Bayerische Landesbank, die Finanzgesellschaft "Inger" (Deutschland) und die Griechische Nationalbank. Aber trotz des bekundeten Interesses und fachkundiger Durcharbeitung der Projekte wurden keine konkreten Investitionsentscheidungen getroffen.

Zu den regionalspezifischen Problemen haben sich neue Schwierigkeiten hinzugesellt, die mit der jüngsten Finanzkrise zusammenhängen. Zwar kann der auf ein Drittel seines früheren Wertes gesunkene Rubelkurs unter bestimmten Voraussetzungen als ein gewisser Anreiz für Investitionen in die russische Wirtschaft dienen. Dies kommt aber nur dann zum Tragen, wenn ein Gesetzespaket verabschiedet wird, das die Tätigkeit der ausländischen Investoren schützt. Natürlich wird die Situation im Gebiet Volgograd in erheblichem Maße von der allgemeinen Lage im Lande bestimmt werden. Obwohl das Gebiet Volgograd zum sogenannten "roten Gürtel" gehört, d.h. zu den Regionen, an deren Spitze Kommunisten stehen, zeigen die führenden Politiker des Gebiets, insbesondere Nikolaj Maksjuta, Interesse an der Anwerbung ausländischer Investitionen, auch wenn für die Schaffung der dafür notwendigen Voraussetzungen außerordentlich wenig getan wird. Das liegt aber höchstwahrscheinlich nicht so sehr an ihrer politischen Orientierung als vielmehr an Trägheit und wenig ausgeprägten Professionalität.

Auffällig ist auch das niedrige Ausarbeitungsniveau der den ausländischen Gesellschaften angebotenen Investitionsprojekte. Sie enthalten keine möglichen Alternativlösungen, die zu einer Kostenminimierung beitragen und die Konkurrenzfähigkeit der Produkte auf den heimischen und internationalen Märkten garantieren könnten. Mit der Systematisierung und Bewertung der Investitionsprojekte befaßt sich die von der Gebietsadministration gegründete Holding-Aktiengesellschaft "Sfera". So sieht eines der Projekte vor, für die Produktion neuer Raupen- und Rädertraktoren im Volgograder Traktorenwerk in einer Gesamtstückzahl von 20.000 Maschinen pro Jahr 4,36 Mio. US-Dollar zu investieren. Ein anderes Projekt sieht vor, mit einer Investitionssumme von 50 Mio. Dollar in der Stadt Kamyšin Kapazitäten zur Produktion hydraulischer Hebekräne mit Automobilfahrwerk mit einer Hebefähigkeit von 16, 25, 50, 100 und 160 Tonnen in einer Stückzahl von 750 Kränen pro Jahr zu errichten. Die Unangemessenheit der Kosten liegt auf der Hand. Außerdem müßte für die Verwirklichung des Projekts das Werk in Kamyšin faktisch neu gebaut werden, während in der Konversionsfabrik "Barrikady" in Volgograd die notwendigen Voraussetzungen für die Produktion hydraulischer Systeme und schwerer Kräne mit einer Hebefähigkeit von 50, 100 und 160 Tonnen schon gegeben sind.

Auch fällt auf, daß fast alle zur Prüfung vorgelegten Projekte die Herstellung von Produkten in großem Umfang und in großen Unternehmen zum Ziel haben. Bei den meisten von ihnen

handelt es sich um die Produktion von Investitionsgütern und nicht von Konsumgütern. Wenn wir aber noch einmal auf die Analyse der Investitionsstruktur für 1997 zurückkommen, dann läßt sich unschwer erkennen, daß die Investoren die meisten Mittel, nämlich 80 Prozent aller Investitionen, in die Nahrungsmittelindustrie und in den Bereich der Kommunikationsdienstleistungen investiert haben. Leider fehlt es den führenden Kreisen der Region an Verständnis dafür, daß vorrangig in diejenigen Branchen investiert werden muß, die an der Nachfrage der Bevölkerung nach Waren und Dienstleistungen orientiert sind und die die meisten Arbeitsplätze stellen.

Die Führung des Gebiets handelt weiterhin – vermutlich nicht einmal aus böser Absicht, sondern eher aus Unkenntnis der modernen Wirtschaft – nach den alten Prinzipien der zentralen Leitung, mit dem einzigen Unterschied, daß früher die Investitionen vom Staat kamen und man sie heute vom ausländischen Investor erhalten möchte. Dabei kann das Gebiet real nicht als finanzieller Garant für die ausländischen Investoren auftreten, da die Schuld des Gebietshaushalts 52 Prozent der Einnahmeseite beträgt.²⁸ Indessen kann ein gewisses vorhandenes Interesse der regionalen Führung an der Anwerbung ausländischer Investitionen vor dem Hintergrund eines sich entwickelnden rechtlichen Rahmens für Investitionen in die russische Wirtschaft durchaus günstige Bedingungen für die Entwicklung marktwirtschaftlicher Reformen schaffen. Die besten Resultate bei der Anlage von Kapital in der russischen Wirtschaft lassen sich dann erzielen, wenn Vertreter der investierenden Gesellschaft für die Kontrolle über das Kapital und entsprechend über den Produktionsprozeß sorgen. So sind im Werk der Gesellschaft "Coca-Cola Inchcape" in der Stadt Volžskij, wo die Gesellschaft das Kapital völlig kontrolliert, gute Ergebnisse bei der Einführung moderner Technologien, bei der Schulung des Personals, bei der Erreichung einer hohen Produktqualität und bei der Rentabilität erzielt worden. Allerdings mußte sich die Gesellschaft, um die völlige Kontrolle ausüben zu können, von ihrem ursprünglichen Partner, der russischen Bierbrauerei "Povolž'e", trennen.

Die Erfahrung zeigt, daß ausländische Investoren immer dann, wenn sie über ausreichende Rechte bei der Entscheidung finanzieller, organisationstechnischer und anderer Fragen verfügen, mit einem positiven Ergebnis rechnen können. Das Vordringen neuer Produktionstechnologien, modernerer Methoden der Arbeits- und Managementorganisation und neuer Banktechnologien nach Rußland, die Ausbildung des Personals sowie die Heranbildung adäquater Vorstellungen von Produktion und Geschäftsbeziehungen bei den Bürgern – dies alles gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß bei der Reformierung der Wirtschaft der Region positive Ergebnisse erzielt werden. Um das Vordringen ausländischer Investoren in die Wirtschaft der Region zu erleichtern, sollte nach unserer Ansicht in der Region eine Consulting-Firma mit westlichen und russischen Spezialisten gegründet werden, die in der Lage ist, den Zustand des regionalen Marktes zu beobachten, Geschäftspläne nach westlichen Standards zu erarbeiten, Investitionsprojekte und die Vermögenslage der in Aussicht genommenen Partner fachkundig zu beurteilen, bei der Formulierung der

²⁸ Delovoe Povolž'e, Nr. 41/1998, S. 2.

Gründungsdokumente und der Registrierung behilflich zu sein, eine Analyse der regionalen Wirtschaft vorzunehmen und regelmäßig Informationen in der frei zugänglichen Presse zu veröffentlichen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß, solange die Infrastruktur für eine konsequente Expansion in die russische Wirtschaft fehlt, beide Seiten verlieren. Deshalb gilt: Je schneller eine solche Infrastruktur geschaffen wird, desto schneller wird die Wirtschaft der Region in die Weltwirtschaft einbezogen werden und desto weniger Fragen werden bei westlichen Spezialisten hinsichtlich Fehlverhaltens der russischen Wirtschaft als Reaktion auf Handlungen der westlichen Partner auftauchen.

3. Die regionale Elite

Die Erwartung günstiger Bedingungen für Geschäftstätigkeit im Gebiet Volgograd richtet sich nicht nur auf institutionelle Veränderungen, sondern auch auf konkrete Personen, die die Interessen von Parteien und Strömungen vertreten. Das Konfliktpotential in den Beziehungen zwischen führenden Politikern des Gebiets und der Stadt Volgograd ist eine Folge des Machtkampfes in der Region und des Fehlens demokratischer Gepflogenheiten in der Staatsverwaltung. An Schärfe gewinnt der Machtkampf dadurch, daß zwischen den widerstreitenden Gruppen in den wichtigsten Fragen der Entwicklung und des institutionellen Aufbaus des Staates ein prinzipieller Dissens besteht. Besondere Aktivität bei der Wiederbelebung sowjetischer Machtinstitutionen legt die KPRF an den Tag, was sich besonders stark in Veränderungen in der Region bemerkbar macht.

Im Gebiet Volgograd haben die Kommunisten seit 1993 nach und nach die entscheidenden Positionen in der Gebietsadministration, in der Gebietsduma und im Volgograder Stadtrat erobert. Sie kontrollieren die Organe der Staatsmacht in der Stadt Volžskij und in den meisten anderen Städten und Bezirken des Gebiets. Nur ein wichtiger Posten, der des Chefs der Stadtverwaltung von Volgograd, ist in den Händen des reformorientierten Jurij Čechov. Er wird von den demokratisch gesinnten Bevölkerungsschichten unterstützt. Er hat gute Chancen, die Wahl des Stadtverwaltungschefs 1999 wieder zu gewinnen und er könnte bei der im Jahre 2000 anstehenden Wahl ein ernsthafter Anwärter auf den Posten des Chefs der Oblast'administration sein. Gegenwärtig ist er dabei, einen regionalen Ableger der von Jurij Lužkov geführten Bewegung "Otečestvo" ("Vaterland") zu gründen.

Das Problem der demokratischen Bewegungen im Gebiet Volgograd ist, daß sie auf keine politischen Führungspersönlichkeiten verweisen können. Sie sind einfach nicht existent; oder jedenfalls haben die Wähler keine entsprechenden Informationen. Wenn beispielsweise für einen Kandidaten des Blocks "Jabloko" Wahlkampf gemacht wird, dann nennen die Organisatoren den Namen des Kandidaten auf Flugblättern und in den Medien nur gemeinsam mit dem Namen Jawlinskij, da sonst niemand für den Kandidaten stimmen würde. Bei den Wahlen zur Gebietsduma im Dezember 1998 erhielten die Vertreter dieser Bewegung nicht einen Sitz. Deshalb ist eine reale und die bislang einzige Figur, die den Platz eines Führers der demokratisch gesinnten Bevölkerung im Gebiet Volgograd einnehmen kann, Jurij

Čechov. Der Wahlkampf vor den letzten Rotationswahlen zur Gebietsduma war ein anschauliches Beispiel für das verstärkte Eindringen der Kommunisten in die Machtstrukturen der Region. Gemäß dem Statut des Gebiets Volgograd werden alle zwei Jahre jeweils 16 Abgeordnete, d.h. die Hälfte der Gesamtstärke, auf vier Jahre in das Legislativorgan gewählt. Insgesamt hat die Duma 32 Abgeordnete. Das Rotationsprinzip beim Auswechseln der Abgeordneten ist eingeführt worden, um die kontinuierliche Arbeitsfähigkeit der Duma zu erhalten. Bei den letzten Wahlen, die im Dezember 1998 stattfanden, erhielten die Vertreter der KP 11 von 16 Sitzen. Berücksichtigt man die Parteizugehörigkeit der früher gewählten Abgeordneten, dann halten die Kommunisten in der Gebietsduma heute 23 von 32 Sitzen.²⁹

Bei einer Wahlbeteiligung von 35 Prozent stimmten für die Kommunisten 29 Prozent, also nur 10 Prozent aller Wahlberechtigten.³⁰ Hauptsächlich waren das ältere Menschen, die traditionell die Kommunisten unterstützen und bei den Reformen der neunziger Jahre am meisten gelitten haben. Von den Vertretern der anderen Parteienblöcke kam nur ein Vertreter der national-patriotischen Vereinigung "Volgograder russische Sammlung" in die Duma: Oleg Bolotin, Generaldirektor der Aktiengesellschaft "Kaustik". Außerdem wurden vier unabhängige Kandidaten gewählt, von denen drei ebenfalls Direktoren großer Unternehmen sind und ein Gewerkschaftsfunktionär. Für die Kandidaten des einzigen bei den Wahlen vertretenen demokratischen Parteienblocks, "Jabloko", wurden kaum mehr als 10 Prozent der Stimmen abgegeben, was bei der niedrigen Wahlbeteiligung lediglich 3,5 Prozent aller Wahlberechtigten ausmacht. Die übrigen demokratisch gesinnten Kandidaten traten als Unabhängige auf, ohne jedoch ihre Bemühungen und Aktivitäten vorab untereinander zu koordinieren. Dadurch traten sie und die "Jabloko"-Vertreter in Konkurrenz gegeneinander auf und nicht gegen die Kommunisten, deren Wählerschaft ziemlich beständig und diszipliniert ist, was den Gang an die Urnen betrifft.

Diese Unkoordiniertheit der Demokraten hatte zur Folge, daß sie um potentielle Stimmen konkurrieren mußten. Dadurch siegten sie in keinem Wahlkreis, obwohl die Gesamtzahl der für Kandidaten demokratischer Orientierung abgegebenen Stimmen höher war als die Stimmenzahl der Kommunisten. Die Erfahrungen der letzten Wahlen haben ein weiteres Mal gezeigt, daß sich im Gebiet Volgograd noch keine ausreichend starke demokratische Bewegung herangebildet hat, die in der Lage ist, eigene Vertreter für die regionalen und lokalen Machtorgane zu benennen. Es gibt mit Ausnahme von Jurij Čechov keine starken und einflußreichen Führungspersönlichkeiten, die eine solche Bewegung anführen könnten. Vorerst trägt die wirtschaftliche Situation der Region zur Stärkung der Positionen der Kommunisten und in geringerem Maße auch der Nationalisten bei.

Die stärkste Politikerin in der Region ist heute Alevtina Aparina, Abgeordnete der Staatsduma, Mitglied des ZK der KP Rußlands und Leiterin der Volgograder Gebietsparteiorganisation. Sie legt die Hauptrichtungen des Kampfes der Kommunisten um

²⁹ Volgogradskaja pravda, 16.12.1998, S. 1.

³⁰ Volgogradskaja pravda, 17.12.1998, S. 2.

die Macht in der Region fest, und sie trifft Absprachen über Kandidaturen der Partei bei Wahlen und bei Bewerbungen um Posten in der Exekutive. So schlug sie bei der Aufstellung der Kandidaten für die Gebietsdumawahlen einige relativ junge Direktoren großer Unternehmen sowie einige Wirtschaftswissenschaftler vor. Sie alle wurden gewählt und nahmen hohe Posten in den Wirtschaftskomitees der Duma ein. Früher war auf ihren Vorschlag der heutige Chef der Gebietsadministration, Nikolaj Maksjuta, aufgestellt worden. Gegenwärtig betreibt die kommunistische Elite des Gebiets eine verstärkte professionelle Schulung des Apparats der Gebietsadministration. Zu diesem Zweck werden Wissenschaftler und starke Persönlichkeiten aus der Wirtschaft herangezogen, so z.B. Vladimir Kabanov, der zum stellvertretenden Administrationschef für Wirtschaftsfragen ernannt wurde. Insgesamt steht der Prozeß der Machtergreifung der Kommunisten auf Gebietsebene kurz vor dem Abschluß. Die nächste wichtige Etappe wird der Kampf um den Posten des Bürgermeisters der Stadt Volgograd sein. Sollten die Kommunisten auch hier siegen, dann werden sie die 100prozentige Kontrolle über die Region ausüben.

Wenn allerdings die Kommunisten es bis zum Ende des Jahres 2000 nicht schaffen, die Situation in der Wirtschaft und im Sozialbereich zu verbessern, dann kann sich die Haltung zu ihnen verändern. Das wird dann am Ergebnis der Wahl für den Posten des Chefs der Gebietsadministration im Dezember 2000 deutlich. Vermutlich wird die Situation des Machtwechsels von einer politischen Richtung zur anderen in den kommenden Jahrzehnten die Norm in den innerregionalen Beziehungen sein. Deshalb wird der Machtwechsel von den Linken zu den Rechten und umgekehrt den Prozeß der Kapitalexpansion nicht bremsen können, sofern die Staatsmacht diese Expansion fördert. Nach ihren Einstellungen und Handlungen zu urteilen, sieht die kommunistische Gebietsführung die wirtschaftliche Situation ziemlich pragmatisch und ist bereit, mit dem Westen aktiv zusammenzuarbeiten.

Samuel V. Levinson

Volgograd Province in the 1990s

Changes and expectations

Bericht des BIOst Nr. 14/1999

Summary

Introductory Remarks

With the realisation that in its dealings with Russia the West cannot rely exclusively on partners in Moscow, the need is becoming evident for competent and informed studies of the political and economic potential of Russia's regions. Assistance for potential Western economic partners that is concerned less with events of a temporary nature and more with prevailing structural factors is, however, still rarely forthcoming. This report on the Volgograd region is intended as a contribution to filling this gap. Despite the province's promising potential, the introduction of economic reforms has failed to make Volgograd into a flourishing region capable of contributing to economic and political stability in the south-eastern part of European Russia. The reasons for this stem partly from developments in Russia as a whole but can also be found in the province itself. There currently exists no strategic concept for bringing about economic revival in the region by political means. Reforms are being postponed and existing development potential is not being used.

Findings

1. Since the beginning of the 1990s the process of modernisation in industrial plants, particularly in the metallurgy and machine-building sectors, has practically come to a standstill. In the majority of enterprises, more than 70 percent of the original capital has been consumed. The average service life of production equipment is thirty-one years. The only exceptions are a few consumer goods-producing enterprises.
2. During the years of reform the region's industry has not undergone any major structural changes. The share of consumer goods in industrial production as a whole was still only 15.6 percent in 1997, and 71 percent of this was accounted for by food and alcohol production. Production in the arms industry fell six-fold between 1991 and 1998. Military production now stands at only about 6 percent of its pre-1991 volume. The regional structure of production is unfavourable because a disproportionately high percentage of the money spent on consumer goods and services flows out of the region and therefore an equilibrium between the flow of goods and money cannot be achieved. The situation is further exacerbated by the fact that monetary repayments are inadequate and debts

between enterprises for goods delivered are continually growing: at the end of 1997 they reached 76.5 percent of the gross regional product.

3. Despite some progress, the position of small businesses in the province is still very weak. The share of small companies in the volume of industrial production in the region has yet to pass even the 5 percent mark. As a result of difficulties in obtaining credit, in the registration of enterprises, in the licensing of trades and many other obstacles, the number of small businesses is no longer increasing. There is scarcely any regional promotion of small and medium-sized companies.
4. Until the crisis of summer 1998 the banking sector in the region remained stable. The de facto refusal of the state and then of the regional authorities on 17 August 1998 to honour their obligations led not only to a disastrous collapse of the securities market but also to a ruinous undermining of the banking system in Volgograd.
5. With the transition to market conditions the products of most kolkhozes and sovkhoses became uncompetitive. Particularly with regard to stock-farming and fruit and vegetable production the financial situation of the agricultural enterprises worsened. The biological and technological potential of agriculture in Volgograd Province was steadily destroyed. Experts estimate that by the end of 1998 60 percent of the technical equipment, 40 percent of agricultural buildings and 50 percent of the animal stocks that had existed in 1990 had been lost; a third of the arable land remained uncultivated.
6. In June 1997, with the aim of improving the climate for investment, a law was passed in Volgograd creating economic development zones. Under this law certain sectors of some large enterprises may be declared economic development zones. Regional legislation provides for tax relief and tax breaks for enterprises operating within these economic development zones. However, neither the formulation of the law nor its enforcement in practice are suitable for creating a homogenous, transparent investment environment that is stable in the long term.
7. Whereas at the beginning of the 1990s there was a strong interest in the region on the part of foreign investors, this engagement is now subsiding. Foreign investments account for only about 2 percent of the gross regional product. The main reasons for foreign investors' caution in investing capital in the regional economy are political instability and the lack of federal laws that would guarantee the security and effectiveness of investments on Russian territory.